

Mahnungen vor Atomtreffen

Bundesregierung empfängt AKW-Betreiber
/ Opposition warnt vor Zugeständnissen

Von Michael Bergius

BERLIN. Vor einem Treffen von Vertretern der Energiewirtschaft und der Bundesregierung warnen Umweltverbände und die Opposition vor einem Aufweichen des Atomausstiegsbeschlusses. „Union und FDP müssen wissen, dass ihre jetzige Hinhaltenaktik Investitionsunsicherheit schürt“, sagte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber der FR. „Eine Verlängerung von AKW-Restlaufzeiten würde die wirtschaftliche Entfaltung neuer Wettbewerber massiv behindern“, fürchtet der Abgeordnete.

Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) empfängt am 21. Januar Vorstandsmitglieder der vier führenden Energiekonzerne. Gemeinsam mit Staatssekretären aus den Ressorts Umwelt und Wirtschaft ist eine „routinemäßige“ Unterredung geplant. Der Termin sei „völlig undramatisch“, heißt es in Regierungskreisen; er sei einer von vielen im Rahmen der seit dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2000 etwa einmal jährlich stattfindenden Gespräche. Dass lediglich „technische“ Fragen im Zusammenhang mit dem Atomkonsens erörtert werden sollen, gilt in Koalitionskreisen indes als die halbe Wahrheit. Seit Wochen scharre die Energiebranche mit den Hufen, heißt es in Berlin.

Die „großen Vier“ drängen

Nach dem Machtwechsel im vergangenen Herbst wollen die Konzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW endlich wissen, wie es weitergeht. Die „großen Vier“ treten für längere Laufzeiten von Kraftwerken ein; dabei liebäugeln sie mit der Idee, Restlaufzeiten neuerer AKWs auf ältere Meiler zu übertragen, deren Betriebszeit zu Ende geht und die laut Atomkonsens demnächst abgeschaltet werden müssten. Die Bundesregierung hat sich diesem Ansinnen nicht verschlossen, sie will jedoch definitive Weichenstellungen erst

im kommenden Herbst vornehmen, wenn ihr Gesamtkonzept für eine neue Energiepolitik steht.

„Sollte eine Übertragung von Strommengen beschlossen werden, wird es Anfechtungsklagen geben“, sagte der Politik-Chef der Deutschen Umwelthilfe, Gerd Rosenkranz, der FR. „Und diese Klagen hätten dann aufschiebende Wirkung.“ Der Öko-Lobbyist warnte die Koalition davor, dem Druck der Atommanager nachzugeben. „Das sind keine ehrbaren Kaufleute, sondern Männer, die heute von jenen Verträgen nichts mehr wissen wollen, die sie mal unterschrieben haben.“

Kauder drückt aufs Tempo

Grünen-Fraktionsvize Bärbel Höhn ermunterte Umweltminister Norbert Röttgen (CDU), „seinen zweifelnden Äußerungen gegenüber der Atomkraft jetzt auch Taten folgen zu lassen“. Es gehe um eine „Vorfestlegung, ob alte Schrottmeiler eine Laufzeitverlängerung bekommen können“, sagte Höhn der FR. „Eine Strommengenübertragung auf die Pannenreaktoren in Biblis und Neckarwestheim darf es nicht geben.“ Schwarz-Gelb dürfe den AKW-Betreibern keinen „Sicherheitsrabatt“ gewähren, mahnte die Grünen-Politikerin.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder drückt indes aufs Tempo. Es müsse rasch etwas passieren, „damit weder Biblis A. noch Neckarwestheim vom Netz genommen werden müssen“, sagte der CDU-Mann aus Baden-Württemberg der Stuttgarter Zeitung. Den beiden Atommeilern droht nach dem Ausstiegsgesetz noch 2010 die Abschaltung. Für Kauder wäre dies „ein völlig falsches Signal“.

Auch Kelber gab Röttgen Tipps: Ausbau der erneuerbaren Energien, schneller Ausstieg aus der Atomkraft sowie eine Intensivierung des Wettbewerbs. „Bei all diesen Themen sind die großen Vier die Bremser“, sagte er.